

## Antrag

Hannover, den 21.06.2022

Fraktion der FDP

### **Inflation und Stagnation nachhaltig bekämpfen: Schluss mit Schulden. Ausgabenpolitik beenden. Gezielt entlasten. Rahmenbedingungen verbessern.**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Die Inflation in Deutschland steigt seit Monaten stark an. Im Mai 2022 lag sie zuletzt bei + 7,9 %, gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat. Im dritten Monat infolge erreicht die Inflationsrate damit einen neuen Höchststand. Die Preisanstiege betreffen viele Güter, allen voran Energieprodukte, aber auch Nahrungsmittel, und sorgen für stark gestiegene Lebenshaltungskosten und wachsende Belastungen in der gesamten Bevölkerung. Auch auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wirkt die hohe Inflation bremsend. Der Krieg in der Ukraine und die anhaltenden Lieferengpässe bremsen die wirtschaftliche Erholung, die nach der Corona-Pandemie zunächst an Schub gewann, zusätzlich deutlich. Die angebotsseitigen Störungen wirken sich belastend auf die Produktion aus und sorgen zeitgleich für einen anhaltend hohen Preisauftrieb. Sowohl das ifo-Institut als auch das Institut für Weltwirtschaft haben ihre Wachstumsprognosen deswegen bereits gedrosselt. Die Politik muss dringend Maßnahmen ergreifen, um die Inflation einzudämmen und eine wirtschaftliche Stagnation zu verhindern.

Um die Inflationsentwicklungen zu bremsen, sind vor allem vier Dinge notwendig:

1. Die Europäische Zentralbank muss zu einer stabilitätsorientierten Geldpolitik zurückkehren,
2. der Preisdruck muss gesenkt werden,
3. die Bürgerinnen und Bürger müssen gezielt entlastet werden,
4. die Ausgabenpolitik des Staates muss enden.

Die jüngste Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB), keine weiteren Anleihen mehr aufzukaufen und erste Zinserhöhungen vorzunehmen, weisen in die richtige Richtung. Dennoch kommen diese Schritte zu spät und zu zögerlich. Die Unabhängigkeit der EZB ist zu stärken. Im Mittelpunkt der Arbeit der Zentralbank muss wieder das vorrangige Ziel die Gewährleistung der Preisniveaustabilität in der Eurozone stehen.

Die Bürgerinnen und Bürger spüren die Auswirkungen der Inflation längst. Sie müssen schnell und gezielt entlastet werden. Die Bundesregierung rund um Finanzminister Christian Lindner hat deswegen bereits innerhalb weniger Wochen zwei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von etwa 30 Milliarden Euro beschlossen. In ihnen sind beispielsweise eine Erhöhung des Grundfreibetrages und des Arbeitnehmerpauschalbetrages, die Auszahlung einer Energiepauschale, ein Familienzuschuss und eine vorübergehende Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe geregelt. Auch die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage oder das 9-Euro-Ticket sollen die Gesellschaft entlasten.

Über diese bereits auf Bundesebene durchgesetzten Entlastungen hinaus sollten weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer im Fokus stehen, insbesondere die Bekämpfung der kalten Progression. Um einen dauerhaften und automatischen Inflationsschutz zu gewährleisten, ist der Tarif „auf Räder“ zu stellen. Um einer Lohn-Preis-Spirale entgegenzuwirken, ist ein freiwilliger Inflationsbonus für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuführen, der sowohl steuer- als auch sozialabgabenfrei ist. Damit auch Rentnerinnen und Rentner und damit alle Teile der Gesellschaft zügig entlastet werden, ist es darüber hinaus notwendig, dass die bisher jährliche Rentenanpassung mindestens halbjährlich vorgenommen wird. Auch eine Anhebung der Regelsätze der Grundsicherung ist nötig, um Armut zu verhindern.

Wichtig ist aber auch, dass die Inflation nicht noch weiter angeheizt wird. Um Druck von den Preisen zu senken, sind Subventionen der falsche Weg. Stattdessen ist die Schaffung bester marktwirtschaftlicher Bedingungen im Rahmen einer Angebotspolitik nötig. Bereits die vergangenen Jahre waren von finanziellem und haushälterischem Druck geprägt, nicht zuletzt wegen der Corona-Pandemie und der Bekämpfung ihrer Auswirkungen. Umso relevanter ist es nun, dass der Staat und das Land Niedersachsen expansive Politik beenden und endlich eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik zur Priorität erklären. Das steigende Zinsniveau macht eine konsequente und sparsame Haushaltspolitik noch wichtiger. Die Schuldenbremse ist dabei nach wie vor das zentrale Mittel. Die Zeit der Ausnahmen von der Schuldenbremse muss vorbei sein. Umgehungen müssen ausgeschlossen bleiben und zurückgeführt werden.

Der Landtag stellt fest, dass die Inflation und die damit verbundenen Preissteigerungen die Gesellschaft belasten und der Staat, aber auch das Land Niedersachsen schnell und gezielt inflationsbremsende Maßnahmen ergreifen müssen. Gleichzeitig droht bei der wirtschaftlichen Entwicklung eine Stagnation. Um dies abzuwenden und gleichzeitig der Inflation nicht neue Nahrung zu geben, braucht es keine schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme, sondern verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. So kann ein sich selbst tragender Aufschwung ermöglicht werden. Zu diesen Maßnahmen gehören u. a.

- die Verwaltungsdigitalisierung mit Hochdruck voranzutreiben,
- die Belastungen durch Bürokratie zu senken, beispielsweise durch ein Moratorium für noch mehr bürokratische Vorgaben in Form einer „One in - two out“-Regelung,
- die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- die Stärkung der Gewerbeaufsichtsämter und
- die Festlegung auf eine gemeinsame Startup-Strategie der Landesregierung, um Gründerinnen und Gründer auch in diesen wirtschaftlich herausfordernden Zeiten für eine Unternehmensgründung zu ermutigen.

Wir fordern die Landesregierung auf,

1. die Inflation nachhaltig und gezielt zu bekämpfen,
2. die expansive Ausgabenpolitik des Landes Niedersachsen zu beenden und dafür insbesondere die konsumtiven Ausgaben des Landes zu überprüfen und zu reduzieren,
3. die Schuldenbremse als Garant für Geldwertstabilität anzuerkennen, keine Umgehungstatbestände zu schaffen und die Anzahl der Sondervermögen und Zweckgesellschaften zu reduzieren,
4. sich für eine gezielte Entlastung bei der Einkommensteuer einzusetzen und dabei insbesondere die Bekämpfung der „Kalten Progression“ sowie die Erhöhung des Grundfreibetrages in den Blick zu nehmen,
5. sich für eine dauerhafte Verschiebung des Steuertarifs und damit für einen „Tarif auf Rädern“ auszusprechen,
6. sich für einen freiwilligen Inflationsbonus für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zu 1 500 Euro p. a. (steuer- und sozialversicherungsfrei) einzusetzen,
7. die inflationsbedingte Anhebung der Regelsätze der Grundsicherung zu forcieren, um Armut entgegenzuwirken und
8. sich für eine mindestens halbjährliche Rentenanpassung einzusetzen, um auch Rentnerinnen und Rentner vor der Inflation zu schützen.

## Begründung

Der Staat darf nicht Gewinner der Inflation sein. Laut Daten des Statistischen Bundesamts stiegen die Verbraucherpreise im Mai 2022 gegenüber dem Vormonat um 0,9 %. Eine dauerhafte Antwort gegen die Inflation kann nur eine gute Wirtschaftspolitik sowie eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik sein, deswegen sind gezielte Entlastungen für die gesamte Gesellschaft notwendig. Darüber hinaus müssen der Preisdruck gesenkt und die Ausgabenpolitik des Staates beendet werden.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer